

Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens...

Inserate kosten die achtfache, Komparsenstellen aber deren Raum 80 Pfg. ...

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Militärputsch in Stettin.

Die Wahrheit über Stettin.

Privattelegramm der 'Freiheit'.

Stettin, 27. April.

Das Detachement Voensgen, bestimmt zur eiserernen Division nach Liban, sprengte heute morgen 11 Uhr im Schlosshof eine

Von Zentralrat der Arbeiterräte Pommerens, der Zeuge dieser

Obwohl, wie aus diesem Privattelegramm hervorgeht, die Sprengung der

Es dürfte sich um einen kommunistischen Versuch umherziehender

Die Wildheit und das Verbrechen, das darin liegen würde, auf die

Auch in Bremen Blutverlehen.

Bremen, 26. April.

Nach einer Meldung von Voemanns Telegraphischem Bureau haben

Ein Drahtbericht des Lokalangelegers behauptet demgegenüber, dass

Diese Berichte, die ohne Zweifel die Bremer Kenschur nicht klar

Aus den gestrigen Meldungen ist die bürgerliche Presse den Schick

Das ist vollkommen falsch. Erstens handelt es sich in Bremen gar nicht

dieser Hungerkammer der Regierung, den das Bürgerturn

Wie dieser Streik ausseht, läßt sich noch nicht übersehen.

Die Streikbewegung in Oberschlesien.

Gleiwitz, 26. April.

Dem Oberschlesischen Bänderer zufolge treten die Arbeiter der

Reuthen (Oberschl.), 27. April.

Dem gestern nachmittag begonnenen Sympathiestreik der

Nach einem amtlichen Bericht des Staatskommissar Hörsing

- 1. Sofortige Aufhebung der Freiwilligenverbände, 2. Aufhebung

Am Freitag abend erschienen die Vertreter der Gleiwitzer

Herr Hörsing, ein Rechtssozialist, versprach, daß vom 1. Mai

Die italienische Krise.

Rom, 27. April (Neuter).

Orlando ist hier aus Paris eingetroffen und begeistert

Rom, 27. April (Stefani).

Nach Blättermeldungen sandten die britischen Arbeiter ein

Turati antwortete mit dem Hinweis, daß Wilson Ideal

Professorenweisheit.

Von Dr. Julius Moses.

Hundertfünfzig Professoren, Botschafter du bist verloren.

Unsere Professoren protestieren wieder einmal. Sie protestieren

Inzwischen nahm das Massensterben der einheimischen Bevölkerung

Die Berichte mancher Anstaltsärzte können verifiziert, wenn

In einer Zeit, in der man den Verstreif als das Mittel

Wir haben mit steigender Wohlhabenheit und Zunahme der

Noch im November 1917, also noch über 34-jähriger Kriegsführung

Und noch am 2. Dezember 1918 - also 4 Wochen nach dem

des Lebens als die Kostbarkeit der Kriegsjahre! (Professorenweisheit!)

Die statistischen Zahlen haben gezeigt, daß in der weiblichen Bevölkerung fast alle Krankheiten in den Kriegsjahren weniger Todesfälle gemeldet haben als im Frieden.

Und dieser Professorenweisheit letzter Schluß ist der: „Nebenfalls können wir unsere Betrachtungen dahin zusammenfassen, daß die Kriegskosten die Widerstandsfähigkeit des Volkes weder gegen die überwiegende Mehrzahl der Krankheiten — noch gegen Entkräftungen — noch gegen Anstrengungen — in irgendeinem erkennbaren Maße herabgesetzt hat.“ Professorenweisheit!

Am 2. Dezember 1917, also noch über 3 1/2-jähriger Kriegsführung, erließ der Vorstand des Kaiser-Kriegs-Kollegiums von Groß-Berlin ein Rundschreiben an die Berliner Ärzte des Zivilstandes: „Kollegen! Ihr seid die Verantwortlichen eurer Kranken. Ihr habt die väterländische Pflicht, mündlich und in jeder anderen Form anklärend und belehrend zum Durchhalten zu ermahnen. Den Kleinmütigen müßt ihr aus der Schicht entzweigen! Unbegreifliche sind es, die willig oder noch leichtfertiger verbrieft unumkehrbare Verträge schließen. Die Himmelstübchen können, sollen und werden durchhalten.“ Die einzige Lebensweise und Kost, das Wähalt in der Aufnahme von Erweichungs- und Fett ist vielen gesundheitsdienlich gewesen.

„Schüler haben einmündig festgestellt, daß die erste Tugend keine gesunde bittliche Schwärzung gegen früher erkennen läßt.“ (Annahme der Sterblichkeit nur 37 Prozent.) Die Kindersterblichkeit ist zurückgegangen, erst kürzlich hat ein erster Hochmann geurteilt, daß es den Säuglingen noch nie so aufgezogenen wie jetzt. (11)

„Die Krankenhäuser sind weniger überfüllt als früher!“ (Die Anwesenheit sind alle gestorben!)

Nicht hier wissenschaftlich oder unwissenschaftlich gelassen worden? Nebenfalls steht fest, daß das Verschweigen der Wahrheit „mit dazu beigetragen hat, daß es soweit kommen mußte — daß wir heute vor einem Abgrund stehen.“ (Wurm.)

Und dabei spricht man von der „voraussetzungslosen deutschen Willenskraft“ und erklärt gleichzeitig, die Willenskraft darf nur der Erforschung der Wahrheit dienen.

Unsere Professoren aber haben diese voraussetzungslose deutsche Willenskraft als Maad in den Dienst des Nationalismus und Surra-Patriotismus gestellt.

So haben sich zum großen Teil dieselben Herren, die erst nach dem Zusammenbruch Deutschlands den Mut zur Wahrheit gefunden, zu Gutachten kommandieren lassen, in denen der Stand der Volksgesundheit als vorläufig, die Kindersterblichkeit sogar während des Krieges als verringert und die Tuberkulose als weiter einzudämmen erklärt worden sind. „Werden aber diese Herren, nachdem sie jahrelang wider besseres Wissen geschwiegen, oder sogar im Interesse der armen Lüge selbst oder Schwarz Weis gemacht haben, bei denjenigen Männern der feindlichen Völker, in deren Brust die Stimme der Menschlichkeit und das Bewußtsein der Verantwortung vor dem Urteil der Geschichte noch nicht erlosch ist, Gehör und Glauben finden? Die Menschlichkeit und das Bewußtsein der Verantwortung vor dem Urteil der Geschichte müssen im eigenen Innern einen festen Sitz haben, wenn ihre Anrufung bei den feindlichen Völkern Resonanz finden soll. Die stolze voraussetzungslose deutsche Willenskraft hat sich im Krieges „auf Befehl“ prostituiert. Neht, daß sie zu ihrer höchsten Aufgabe zurückkehrt, ist ihr Wirken durch die Sünden der Vergangenheit geschwächt.“ Diese Herren sind Schuld daran, daß das Vertrauen zu der voraussetzungslosen deutschen Willenskraft in eigenen Volke geschwunden ist. Das Vertrauen zur Willenskraft und zu den Vertretern dieser Willenskraft. Diese Herren haben kein Recht, sich „an das Gewissen derjenigen Männer der feindlichen Völker zu wenden, in deren Brust die Stimme der Menschlichkeit und das Bewußtsein der Verantwortung vor dem Urteil der Geschichte nicht erlosch ist“, denn sie haben selbst aus nationalen und patriotischen Gründen die Stimme der Menschlichkeit und das Bewußtsein der Verantwortung vor dem Urteil der Geschichte erlosch. Sie haben das Recht bewirkt, von der „Blutkunde der Blodade“ zu sprechen, die „Mordungsblodade als Sünden Bruch des Völkerrechts“ und als eine „Verletzung des natürlichsten Gefühls der Humanität“ hinaufstellen.

Reinigt euch vor eurer eigenen Blutschuld. We ihr von der Blutschuld der anderen sprecht.

Als jene 93 Professoren und Gelehrten Deutschlands ihre Proteste an die internationalisierte Welt vom Stapel liehen — ein homerisches Geschick war die Antwort —, da hielt ihnen der amerikanische Gelehrte S. S. Church in einem offenen Brief ihre Sünden vor Augen und schloß dies Dokument mit den Worten:

„O, daß wir wieder ein Deutschland hätten, das wir ehren könnten, ein Deutschland des Friedens, des Fortschritts, der wahren Kultur; ein beiderdeutsches Deutschland, das keine Armasberge, keine liegenden bewaffneten Meere hat; ein Deutschland, das sich wieder an den Lehren und Taten eines Luther, Goethe, Beethoven und Kant begeistern!“

„Recht aber sind alle diese trohen Ertragsenschaften verächtlich und Deutschlands auter Ruf auf immer zerstückt worden! In einem halben Jahrhundert können Sie nicht die moralischen und materiellen Güter wiedererlangen, die Sie verloren haben.“

Können wir die Hoffnung, diese moralischen Güter wiederzugewinnen, auf unsere deutschen Professoren setzen? Dreihundneunzig Professoren!

Waterland, du bist verloren!

**Parteiliche Schriften aus Reichsmitteln.**

In der preussischen Bundesversammlung haben die Deutschen Nationalen einen Antrag eingebracht, der die preussische Regierung am Ausfallt ersucht, 1. ob und in welchem Umlange seit dem Ausbruch der Revolution für Herstellung und Verbreitung von Flugblättern und Schriften, die ihrem Inhalte nach parteilich sind, sowie für parteiliche Propaganda anderer Art Mittel des preussischen Staates verwendet worden sind, 2. Eine Auflistung der Reichsregierung darüber einzubringen und vorzulegen, ob und in welchem Umlange Reichsmittel für die oben bezeichneten Zwecke ausgegeben worden sind und welche Einflüsse der Reichsregierung durch Verfertigung parteilicher Schriften als Reichsverschwendung entstanden sind.

Des Thema, das in diesem Antrage angefaßt wird, ist zweifellos aktuell und es wäre hochinteressant, Genaueres darüber zu erfahren. Nur der Konservativismus hat es schlecht an, in dieses Beispiel zu fassen, denn sie haben es früher in der Ordnung gefunden, wenn die Regierung in ihrem Sinne parteilich gearbeitet und die Reichsblätter ausgegeben hat.

## Gefeklosigkeit.

Von Josef Herzfeld.

Die V. B. N. veröffentlichen eine Notiz, die mit der Wirkung, ich hätte in meiner Darlegung das Uebergangsgefeß übersehen, durch welches alle Geiehe in Kraft gehalten und alle Befugnisse des ehemaligen Kaisers auf den Reichspräsidenten übertragen werden, soweit dem das Geieß über die vorläufige Reichsgewalt nicht entgegensteht. Da dieses Uebergangsgeieß in enger Fühlung mit dem Reichstome des Innern ausgearbeitet wurde, während Herzfeld Abgeordneter war, hat man die Wahl zwischen fahrlässiger und bewußter Unrichtigkeit.

Diese Notiz widerlegt sich selbst. Sie sagt, daß durch das Uebergangsgeieß alle Geiehe in Kraft gehalten werden, soweit dem das Geieß über die vorläufige Reichsgewalt nicht entgegensteht. Dem, d. h. im vorliegenden Falle dem Recht des Reichspräsidenten, in einem Gliedstaate den Kriegszustand zu erklären, steht eben das Geieß über die vorläufige Reichsgewalt entgegen. Es bestimmt die Befugnisse des Reichspräsidenten. Darunter befindet sich aber nicht die Befugnis zur Verhängung des Belagerungszustandes.

Das Geieß, das diese Befugnis des Kaisers enthielt, der Artikel 68 der alten Reichsverfassung, ist, wie diese Verfassung selbst, durch die Revolution und das Geieß über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar 1919 zweifellos aufgehoben. Wenn also das danach erlassene Uebergangsgeieß vom 4. März 1919 sagt, „die bisherigen Geiehe und Verordnungen des Reichs bleiben bis auf weiteres in Kraft, soweit ihnen nicht dieses Geieß oder das Geieß über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar 1919 entgegensteht“, so sind unter den „bisherigen“ Geiehen zweifellos diejenigen Geiehe zu verstehen, die bei Erlaß des Uebergangsgeießes noch Geiehe waren. Der Artikel 68 der alten Reichsverfassung, das Geieß, das dem Kaiser die Befugnis gab, den Belagerungszustand in den Bundesstaaten zu verhängen, war aber, wie gesagt, damals nicht mehr Geieß.

Somit bleibt es dabei, daß die Verhängung des Belagerungszustandes durch den Reichspräsidenten Ebert über Braunschweig, Sachsen, Bremen ungleichlich und nichtig und seine Erzwingung ein geschloher Gewaltakt ist.

Ueber „das erkennliche Maß von Unkenntnis“, das mit der Jurist der V. B. N. vorwirft, braucht ich deshalb nichts zu sagen, ebensowenig über den Anwurf der „bewußten Unrichtigkeit“.

Als Politiker aber weise ich mit aller Entschiedenheit zurück, daß ich als Abgeordneter im Reichstome des Innern mit dem Uebergangsgeieß irgendwie belastet gewesen wäre. Sein Datum vom 4. März 1919 ergibt die Unwahrheit. Ich bin am 31. Dezember 1918 aus dem Reichstome des Innern ausgeschieden. Damals war von dem Uebergangsgeieß noch keine Rede. Ich hätte mich nie dazu hergegeben, den alten vorrevolutionären Apparat in Kraft zu erhalten. Die alten Geiehe können nicht zum wenigsten ihre Nachfolger dieser Erhaltung der Geiehe und Verordnungen der alten Ordnung. Diese sind ihr Mutterboden, von dem aus sie das Reich beherrschen. Die Revolution ist eine Täuschung, solange die alten Geiehe und durch sie und mit ihnen die alten Behörden auf allen Gebieten der Verwaltung und der Rechtsprechung bestehen. Mit diesen alten Geiehen verfährt der Reichspräsident, freilich gelegentlich, die Ministerpräsidenten des Belagerungszustandes fast in dem ganzen Reich auszurufen. Auf Grund dieser alten Geiehe wird durch eine ganze Anzahl von Landesregierungen der landesrechtliche Belagerungszustand verhängt. Auf Grund dieser alten Geiehe werden laufende von Parteigenossen in die Gefängnisse, in die Anstalten, in die Schuchhaft gesperrt. Die Genossen Ledebour und Däumig sollen durch den alten richterlichen Apparat der Diktatur auf Grund der alten vorrevolutionären Strafgeiehe, die eine Verneinung der Revolution sind, prozessiert werden. Alles auf Befehl der Regierung, die selbst durch die schwerste Uebertretung dieser Geiehe an die Macht gekommen ist. Nein, ich habe nichts damit zu tun, daß der alte konterrevolutionäre Apparat mit den Beamten des alten Regimes noch funktioniert. Entschieden muß ich irgendeine Verantwortung für das Weiterbestehen dieser Geiehe ablehnen. Diese überlasse ich der „demokratischen“ Nationalversammlung und der „sozialistischen“ Reichsregierung.

Als Politiker aber weise ich mit aller Entschiedenheit zurück, daß ich als Abgeordneter im Reichstome des Innern mit dem Uebergangsgeieß irgendwie belastet gewesen wäre. Sein Datum vom 4. März 1919 ergibt die Unwahrheit. Ich bin am 31. Dezember 1918 aus dem Reichstome des Innern ausgeschieden. Damals war von dem Uebergangsgeieß noch keine Rede. Ich hätte mich nie dazu hergegeben, den alten vorrevolutionären Apparat in Kraft zu erhalten. Die alten Geiehe können nicht zum wenigsten ihre Nachfolger dieser Erhaltung der Geiehe und Verordnungen der alten Ordnung. Diese sind ihr Mutterboden, von dem aus sie das Reich beherrschen. Die Revolution ist eine Täuschung, solange die alten Geiehe und durch sie und mit ihnen die alten Behörden auf allen Gebieten der Verwaltung und der Rechtsprechung bestehen. Mit diesen alten Geiehen verfährt der Reichspräsident, freilich gelegentlich, die Ministerpräsidenten des Belagerungszustandes fast in dem ganzen Reich auszurufen. Auf Grund dieser alten Geiehe wird durch eine ganze Anzahl von Landesregierungen der landesrechtliche Belagerungszustand verhängt. Auf Grund dieser alten Geiehe werden laufende von Parteigenossen in die Gefängnisse, in die Anstalten, in die Schuchhaft gesperrt. Die Genossen Ledebour und Däumig sollen durch den alten richterlichen Apparat der Diktatur auf Grund der alten vorrevolutionären Strafgeiehe, die eine Verneinung der Revolution sind, prozessiert werden. Alles auf Befehl der Regierung, die selbst durch die schwerste Uebertretung dieser Geiehe an die Macht gekommen ist. Nein, ich habe nichts damit zu tun, daß der alte konterrevolutionäre Apparat mit den Beamten des alten Regimes noch funktioniert. Entschieden muß ich irgendeine Verantwortung für das Weiterbestehen dieser Geiehe ablehnen. Diese überlasse ich der „demokratischen“ Nationalversammlung und der „sozialistischen“ Reichsregierung.

Als Politiker aber weise ich mit aller Entschiedenheit zurück, daß ich als Abgeordneter im Reichstome des Innern mit dem Uebergangsgeieß irgendwie belastet gewesen wäre. Sein Datum vom 4. März 1919 ergibt die Unwahrheit. Ich bin am 31. Dezember 1918 aus dem Reichstome des Innern ausgeschieden. Damals war von dem Uebergangsgeieß noch keine Rede. Ich hätte mich nie dazu hergegeben, den alten vorrevolutionären Apparat in Kraft zu erhalten. Die alten Geiehe können nicht zum wenigsten ihre Nachfolger dieser Erhaltung der Geiehe und Verordnungen der alten Ordnung. Diese sind ihr Mutterboden, von dem aus sie das Reich beherrschen. Die Revolution ist eine Täuschung, solange die alten Geiehe und durch sie und mit ihnen die alten Behörden auf allen Gebieten der Verwaltung und der Rechtsprechung bestehen. Mit diesen alten Geiehen verfährt der Reichspräsident, freilich gelegentlich, die Ministerpräsidenten des Belagerungszustandes fast in dem ganzen Reich auszurufen. Auf Grund dieser alten Geiehe wird durch eine ganze Anzahl von Landesregierungen der landesrechtliche Belagerungszustand verhängt. Auf Grund dieser alten Geiehe werden laufende von Parteigenossen in die Gefängnisse, in die Anstalten, in die Schuchhaft gesperrt. Die Genossen Ledebour und Däumig sollen durch den alten richterlichen Apparat der Diktatur auf Grund der alten vorrevolutionären Strafgeiehe, die eine Verneinung der Revolution sind, prozessiert werden. Alles auf Befehl der Regierung, die selbst durch die schwerste Uebertretung dieser Geiehe an die Macht gekommen ist. Nein, ich habe nichts damit zu tun, daß der alte konterrevolutionäre Apparat mit den Beamten des alten Regimes noch funktioniert. Entschieden muß ich irgendeine Verantwortung für das Weiterbestehen dieser Geiehe ablehnen. Diese überlasse ich der „demokratischen“ Nationalversammlung und der „sozialistischen“ Reichsregierung.

Als Politiker aber weise ich mit aller Entschiedenheit zurück, daß ich als Abgeordneter im Reichstome des Innern mit dem Uebergangsgeieß irgendwie belastet gewesen wäre. Sein Datum vom 4. März 1919 ergibt die Unwahrheit. Ich bin am 31. Dezember 1918 aus dem Reichstome des Innern ausgeschieden. Damals war von dem Uebergangsgeieß noch keine Rede. Ich hätte mich nie dazu hergegeben, den alten vorrevolutionären Apparat in Kraft zu erhalten. Die alten Geiehe können nicht zum wenigsten ihre Nachfolger dieser Erhaltung der Geiehe und Verordnungen der alten Ordnung. Diese sind ihr Mutterboden, von dem aus sie das Reich beherrschen. Die Revolution ist eine Täuschung, solange die alten Geiehe und durch sie und mit ihnen die alten Behörden auf allen Gebieten der Verwaltung und der Rechtsprechung bestehen. Mit diesen alten Geiehen verfährt der Reichspräsident, freilich gelegentlich, die Ministerpräsidenten des Belagerungszustandes fast in dem ganzen Reich auszurufen. Auf Grund dieser alten Geiehe wird durch eine ganze Anzahl von Landesregierungen der landesrechtliche Belagerungszustand verhängt. Auf Grund dieser alten Geiehe werden laufende von Parteigenossen in die Gefängnisse, in die Anstalten, in die Schuchhaft gesperrt. Die Genossen Ledebour und Däumig sollen durch den alten richterlichen Apparat der Diktatur auf Grund der alten vorrevolutionären Strafgeiehe, die eine Verneinung der Revolution sind, prozessiert werden. Alles auf Befehl der Regierung, die selbst durch die schwerste Uebertretung dieser Geiehe an die Macht gekommen ist. Nein, ich habe nichts damit zu tun, daß der alte konterrevolutionäre Apparat mit den Beamten des alten Regimes noch funktioniert. Entschieden muß ich irgendeine Verantwortung für das Weiterbestehen dieser Geiehe ablehnen. Diese überlasse ich der „demokratischen“ Nationalversammlung und der „sozialistischen“ Reichsregierung.

Als Politiker aber weise ich mit aller Entschiedenheit zurück, daß ich als Abgeordneter im Reichstome des Innern mit dem Uebergangsgeieß irgendwie belastet gewesen wäre. Sein Datum vom 4. März 1919 ergibt die Unwahrheit. Ich bin am 31. Dezember 1918 aus dem Reichstome des Innern ausgeschieden. Damals war von dem Uebergangsgeieß noch keine Rede. Ich hätte mich nie dazu hergegeben, den alten vorrevolutionären Apparat in Kraft zu erhalten. Die alten Geiehe können nicht zum wenigsten ihre Nachfolger dieser Erhaltung der Geiehe und Verordnungen der alten Ordnung. Diese sind ihr Mutterboden, von dem aus sie das Reich beherrschen. Die Revolution ist eine Täuschung, solange die alten Geiehe und durch sie und mit ihnen die alten Behörden auf allen Gebieten der Verwaltung und der Rechtsprechung bestehen. Mit diesen alten Geiehen verfährt der Reichspräsident, freilich gelegentlich, die Ministerpräsidenten des Belagerungszustandes fast in dem ganzen Reich auszurufen. Auf Grund dieser alten Geiehe wird durch eine ganze Anzahl von Landesregierungen der landesrechtliche Belagerungszustand verhängt. Auf Grund dieser alten Geiehe werden laufende von Parteigenossen in die Gefängnisse, in die Anstalten, in die Schuchhaft gesperrt. Die Genossen Ledebour und Däumig sollen durch den alten richterlichen Apparat der Diktatur auf Grund der alten vorrevolutionären Strafgeiehe, die eine Verneinung der Revolution sind, prozessiert werden. Alles auf Befehl der Regierung, die selbst durch die schwerste Uebertretung dieser Geiehe an die Macht gekommen ist. Nein, ich habe nichts damit zu tun, daß der alte konterrevolutionäre Apparat mit den Beamten des alten Regimes noch funktioniert. Entschieden muß ich irgendeine Verantwortung für das Weiterbestehen dieser Geiehe ablehnen. Diese überlasse ich der „demokratischen“ Nationalversammlung und der „sozialistischen“ Reichsregierung.

Als Politiker aber weise ich mit aller Entschiedenheit zurück, daß ich als Abgeordneter im Reichstome des Innern mit dem Uebergangsgeieß irgendwie belastet gewesen wäre. Sein Datum vom 4. März 1919 ergibt die Unwahrheit. Ich bin am 31. Dezember 1918 aus dem Reichstome des Innern ausgeschieden. Damals war von dem Uebergangsgeieß noch keine Rede. Ich hätte mich nie dazu hergegeben, den alten vorrevolutionären Apparat in Kraft zu erhalten. Die alten Geiehe können nicht zum wenigsten ihre Nachfolger dieser Erhaltung der Geiehe und Verordnungen der alten Ordnung. Diese sind ihr Mutterboden, von dem aus sie das Reich beherrschen. Die Revolution ist eine Täuschung, solange die alten Geiehe und durch sie und mit ihnen die alten Behörden auf allen Gebieten der Verwaltung und der Rechtsprechung bestehen. Mit diesen alten Geiehen verfährt der Reichspräsident, freilich gelegentlich, die Ministerpräsidenten des Belagerungszustandes fast in dem ganzen Reich auszurufen. Auf Grund dieser alten Geiehe wird durch eine ganze Anzahl von Landesregierungen der landesrechtliche Belagerungszustand verhängt. Auf Grund dieser alten Geiehe werden laufende von Parteigenossen in die Gefängnisse, in die Anstalten, in die Schuchhaft gesperrt. Die Genossen Ledebour und Däumig sollen durch den alten richterlichen Apparat der Diktatur auf Grund der alten vorrevolutionären Strafgeiehe, die eine Verneinung der Revolution sind, prozessiert werden. Alles auf Befehl der Regierung, die selbst durch die schwerste Uebertretung dieser Geiehe an die Macht gekommen ist. Nein, ich habe nichts damit zu tun, daß der alte konterrevolutionäre Apparat mit den Beamten des alten Regimes noch funktioniert. Entschieden muß ich irgendeine Verantwortung für das Weiterbestehen dieser Geiehe ablehnen. Diese überlasse ich der „demokratischen“ Nationalversammlung und der „sozialistischen“ Reichsregierung.

Als Politiker aber weise ich mit aller Entschiedenheit zurück, daß ich als Abgeordneter im Reichstome des Innern mit dem Uebergangsgeieß irgendwie belastet gewesen wäre. Sein Datum vom 4. März 1919 ergibt die Unwahrheit. Ich bin am 31. Dezember 1918 aus dem Reichstome des Innern ausgeschieden. Damals war von dem Uebergangsgeieß noch keine Rede. Ich hätte mich nie dazu hergegeben, den alten vorrevolutionären Apparat in Kraft zu erhalten. Die alten Geiehe können nicht zum wenigsten ihre Nachfolger dieser Erhaltung der Geiehe und Verordnungen der alten Ordnung. Diese sind ihr Mutterboden, von dem aus sie das Reich beherrschen. Die Revolution ist eine Täuschung, solange die alten Geiehe und durch sie und mit ihnen die alten Behörden auf allen Gebieten der Verwaltung und der Rechtsprechung bestehen. Mit diesen alten Geiehen verfährt der Reichspräsident, freilich gelegentlich, die Ministerpräsidenten des Belagerungszustandes fast in dem ganzen Reich auszurufen. Auf Grund dieser alten Geiehe wird durch eine ganze Anzahl von Landesregierungen der landesrechtliche Belagerungszustand verhängt. Auf Grund dieser alten Geiehe werden laufende von Parteigenossen in die Gefängnisse, in die Anstalten, in die Schuchhaft gesperrt. Die Genossen Ledebour und Däumig sollen durch den alten richterlichen Apparat der Diktatur auf Grund der alten vorrevolutionären Strafgeiehe, die eine Verneinung der Revolution sind, prozessiert werden. Alles auf Befehl der Regierung, die selbst durch die schwerste Uebertretung dieser Geiehe an die Macht gekommen ist. Nein, ich habe nichts damit zu tun, daß der alte konterrevolutionäre Apparat mit den Beamten des alten Regimes noch funktioniert. Entschieden muß ich irgendeine Verantwortung für das Weiterbestehen dieser Geiehe ablehnen. Diese überlasse ich der „demokratischen“ Nationalversammlung und der „sozialistischen“ Reichsregierung.

Als Politiker aber weise ich mit aller Entschiedenheit zurück, daß ich als Abgeordneter im Reichstome des Innern mit dem Uebergangsgeieß irgendwie belastet gewesen wäre. Sein Datum vom 4. März 1919 ergibt die Unwahrheit. Ich bin am 31. Dezember 1918 aus dem Reichstome des Innern ausgeschieden. Damals war von dem Uebergangsgeieß noch keine Rede. Ich hätte mich nie dazu hergegeben, den alten vorrevolutionären Apparat in Kraft zu erhalten. Die alten Geiehe können nicht zum wenigsten ihre Nachfolger dieser Erhaltung der Geiehe und Verordnungen der alten Ordnung. Diese sind ihr Mutterboden, von dem aus sie das Reich beherrschen. Die Revolution ist eine Täuschung, solange die alten Geiehe und durch sie und mit ihnen die alten Behörden auf allen Gebieten der Verwaltung und der Rechtsprechung bestehen. Mit diesen alten Geiehen verfährt der Reichspräsident, freilich gelegentlich, die Ministerpräsidenten des Belagerungszustandes fast in dem ganzen Reich auszurufen. Auf Grund dieser alten Geiehe wird durch eine ganze Anzahl von Landesregierungen der landesrechtliche Belagerungszustand verhängt. Auf Grund dieser alten Geiehe werden laufende von Parteigenossen in die Gefängnisse, in die Anstalten, in die Schuchhaft gesperrt. Die Genossen Ledebour und Däumig sollen durch den alten richterlichen Apparat der Diktatur auf Grund der alten vorrevolutionären Strafgeiehe, die eine Verneinung der Revolution sind, prozessiert werden. Alles auf Befehl der Regierung, die selbst durch die schwerste Uebertretung dieser Geiehe an die Macht gekommen ist. Nein, ich habe nichts damit zu tun, daß der alte konterrevolutionäre Apparat mit den Beamten des alten Regimes noch funktioniert. Entschieden muß ich irgendeine Verantwortung für das Weiterbestehen dieser Geiehe ablehnen. Diese überlasse ich der „demokratischen“ Nationalversammlung und der „sozialistischen“ Reichsregierung.

## Die Regierung und die Pazifisten.

Am Bund Neues Vaterland wird uns geschrieben:

„Seit dem 22. März hat der Bund Neues Vaterland sich dauernd bemüht, auf die Zusammenziehung der Friedensdelegation Einfluß zu gewinnen, in der Ueberzeugung, daß die Verhandlungen mit der Entente ein ganz anderes Gesicht bekommen würden, wenn Deutschland durch eine Anzahl bewährter Pazifisten, die auch, als Deutschland vom Eingebrensch völlig umwickelt war, Neht für den Völkerverbund eintraten, repräsentiert sein würde. In wiederholten Telegrammen und Nachparolen an Schweidemann, Bernstorff, Brodowski-Ronpon, in Rundgebungen an die Presse und in öffentlichen Versammlungen hat der Bund zum Vorteil der Friedensdelegation die Forderung von Dr. Georg Stabs, Theo. Helmreich von Gellach und Bankier Hugo Simon, zur Delegation selbst die Forderung von Karl Rauszky verlangt, und auch gleichzeitig der Regierung wichtige Unterlagen übermittelt, die im Hinblick auf das Ausland die Forderung dieser bewährten Persönlichkeiten begründeten. Bis zum 24. April erfolgte von der Regierung keine grundsätzliche Antwort auf die Forderungen. Erst am 28. April erhielt der Bund nachstehendes Telegramm:

„Nachdem Ministerialrat über Zusammenziehung Friedensdelegation endgültig entschieden hat, kann Ihrem Antrag zu meinem Bedauern nicht nähergetreten werden. Graf Bernstorff, Außen. Amt. Geschäftsstelle für die Friedensverhandlungen.“

Es geht schon die eigentümliche Psychologie eines Beamten des alten Systems dazu, um nach über vierwöchentlichem Schwärzen zu erklären, daß dem Antrag nicht nähergetreten werden kann.“, trotzdem während dieses Zeitraums die Zusammen-

ziehung der Delegation mehrfach geändert worden ist. In der ganzen Körperschaft befinden sich nunmehr von 8 Delegationen nur zwei Pazifisten: Eduard Bernstorff und Bankier Schilling.

So wird nach dem 8. November mit der Zustimmung des deutschen Volkes umgeprungen! Der Bund Neues Vaterland ist gezwungen, diesen Sachverhalt dem Auslande zu übermitteln, da dort — wie erst jetzt wieder mehrere Mitglieder in der Schweiz festgestellt haben — die maßgebenden Kreise nicht beneideten würden, warum der Bund nicht nennen will in der Friedensdelegation vertreten ist. Diese Tatsache würde — wenn keine Aufführung erfolgt — als eine unehrenvolle Schwächung des Bundes im Auslande ihre gerechte Beurteilung finden.

## Auf zur Revanche!

Im Hoftheater am Zoo zu Berlin hatte der Reichsbund Offizier am Sonntag Vormittag eine Protestkundgebung gegen die Verschärfung Deutschlands veranstaltet. Bei der Redner der rechtssozialistische Minister Heine, der Reichsabgeordnete Dr. Maximilian Pfeiffer, die fortschrittlichen Abgeordneten Pachatz und Selhausen auftraten. Die Kundgebung war nicht anders als eine Aufführung nationalpatriotischer Leidenschaften, ein Schrei nach Revanche, nach der Friede, der fest Deutschland auferlegt werden sollte, der nicht geküßt, die vierzehnhundert Jahre lang die ganze Welt erregt hatten wollten. Herr Heine rief aus:

„Wir werden unsere Kräfte zusammenrufen und nicht zürnen, bis wir hart genug sind, das große Unrecht wieder aufzuheben, das man uns aufgezogen hat. . . Wenn das deutsche Volk vernünftig ist, wird die soziale Partei am Arange der Revanche verloren. . . Wer jetzt verlangt, daß der Grenzschutz um die freiwilligen Truppen aufgelöst werden und wer sie beschlagnahmt, der berechtigt Landesverrat.“

Herr Heine, dieser scharfe Jurist, hätte noch deutlicher werden müssen. Deshalb verlangt er nicht, daß die ganze Kaiserliche Arbeiterklasse, die von den Rostekruppen und von der Revanchepolitik nicht wissen will, ins Judhaus eingesperrt wird?

Geradezu Skandalös war, was sich dann Herr Dr. Pfeiffer leistete. Er lärmte:

„Das ganze Deutschland soll es sein. Das deutsche Volk im Osten werden wir mit Herz und Hand, mit den Jähnen und den allen anderen Körperteilen kritisieren. . . Kommt der Gewaltfrieden, so kommt auch die Stunde, wo wir uns rächen, wo man uns jetzt rauben will.“

Das ist ein offener Aufruf an die nationalpatriotischen Intelligenz, ein Appell für die Wiederbelebung des Kriegswahns. Ganz abgesehen davon, daß auf die Nationalpolitik der Entente keinen Eindruck machen wird, was die nationalpatriotischen Schreier von der Welt der Herren Heine und Pfeiffer in die Welt posaunen, daß Revanchegeld im Gegeißel noch jede Verstandswort erlösch, so ist es eine Schmach für Deutschland, daß Vertreter der Regierungsparteien in solcher Weise heute noch zu sprechen wagen.

## Die internationale Sozialistenkonferenz.

Amsterdam, 21. April. Das Internationale Sozialistische Bureau teilt mit, daß bezüglich der Öffentlichkeit der Verhandlungen der internationalen Sozialistischen Konferenz beschlossen wurde, die sozialistische Presse zu den Erörterungen zuzulassen. Als erster Redner erklärte der belgische sozialistische Abgeordnete Anseete im Namen der belgischen Arbeiterpartei, daß diese an der Konferenz teilnehmen, und seine Partei, unter welchen Bedingungen sie bereit sei, an einem allgemeinen internationalen sozialistischen Kongress, der innerhalb einiger Monate stattfinden soll, teilzunehmen. Die belgische Partei stimmte mit den Beschlüssen der Berner Konferenz überein. Die belgische Partei verlange, daß das Internationale Sozialistische Büro wiederum seinen Sitz in Brüssel nehme.

Im Namen des Komitees berichtete hierauf Paulus Radonals über die in Paris gehaltenen Schritte zur Durchführung der in Bern gefassten Beschlüsse. Im Hinblick darauf kam es zu einer Debatte darüber, was eherdem noch für die Propagierung der Berner Beschlüsse getan werden könne.

Amsterdam, 27. April.

Wie verlautet, kam man auf der gestern abgehaltenen öffentlichen Sitzung der internationalen Sozialistischen Konferenz überein, die Frage der Verantwortlichkeit für den Krieg in einigen Monaten auf dem Luzerner Kongress in Sprache zu bringen, da die Belgier ihre Teilnahme an der Konferenz an diese Bedingung geknüpft hatten. Nach dem Rat hatte über den von der Friedenskonferenz ausgearbeiteten Völkerverbundentwurf Bericht ausstellte mit, daß Lord Robert Cecil der Berner Delegation erklärte, daß Deutschland und Rußland in den Völkerverbund aufgenommen werden würden, sobald es die Umstände gestatten. Der argentinische Delegierte Tomaso unterbreitete eine Erklärung über den von der Friedenskonferenz gefassten Beschluß, in Deutschland ein Berufsbezug ins Leben zu rufen. Darin heißt es, auf der Friedenskonferenz habe man gesagt, diese Lösung der Frage von der Beginn der Abklärung in Europa. Wenn dieses System von den anderen Ländern angenommen werden würde, so würde daraus für den Sozialismus und die Demokratie eine große Gefahr, denn das Berufsbezug würde ein Instrument sein, die Sozialisten müßten dieses System bekämpfen und der Öffentlichkeit mit der Forderung der Selbstbestimmung und der Selbstbestimmung der Dienstzeit. Nach dem Rat wurde dieser Vorschlag zurückgezogen wurde; die englischen Delegierten schloß sich nicht gegen den Berufsbezug erklären. Nach dem Rat unterstützte den argentinischen Vorschlag, indem er erklärte, die Engländer sprächen wohl von der Abklärung zu Ende, aber nicht von der Abklärung zur See, und aus diesem Grunde erklärten sie auch nicht die Gefahr eines Berufsbezug. Nach dem Rat wurde die Forderung von der Friedenskonferenz in Paris verlangt, daß die Sozialisten von neuem in der Frage des Völkerverbundes die Ueberzeugung der Sozialisten und Arbeiter der ganzen Welt appellieren.

Amsterdam, 27. April.

In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter von „Der Tag“ sagte Branting, er betrachte die internationale von neuem beklagt würde. In England und Frankreich betrachte noch mehr die Forderung gegen die Deutschen. Man sehe aber andererseits, daß die Forderung gegen die Deutschen, daß nicht so sehr das Volk, als die früher deutsche Regierung für die Art der Kriegsführung und die internationalen Beziehungen verantwortlich sei. Eben auf dem Völkerverbundentwurf habe es gesagt, daß das Autonomiegeheim zwischen den

Amsterdam, 27. April.

In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter von „Der Tag“ sagte Branting, er betrachte die internationale von neuem beklagt würde. In England und Frankreich betrachte noch mehr die Forderung gegen die Deutschen. Man sehe aber andererseits, daß die Forderung gegen die Deutschen, daß nicht so sehr das Volk, als die früher deutsche Regierung für die Art der Kriegsführung und die internationalen Beziehungen verantwortlich sei. Eben auf dem Völkerverbundentwurf habe es gesagt, daß das Autonomiegeheim zwischen den

Amsterdam, 27. April.

In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter von „Der Tag“ sagte Branting, er betrachte die internationale von neuem beklagt würde. In England und Frankreich betrachte noch mehr die Forderung gegen die Deutschen. Man sehe aber andererseits, daß die Forderung gegen die Deutschen, daß nicht so sehr das Volk, als die früher deutsche Regierung für die Art der Kriegsführung und die internationalen Beziehungen verantwortlich sei. Eben auf dem Völkerverbundentwurf habe es gesagt, daß das Autonomiegeheim zwischen den

Amsterdam, 27. April.

transponieren... keine große Schwierigkeit mehr... Man könne hoffen, daß es nicht lange dauern werde...

### Henderson über den Frieden.

Der Sekretär der britischen Arbeiterpartei, Arthur Henderson, hatte in Amsterdam eine Unterredung mit einem Vertreter des... in der er auf die dringende Notwendigkeit eines raschen Friedensschlusses hinwies...

In einer anderen Unterredung mit einem holländischen... erklärte Henderson, daß die britischen Arbeiter gegen jede Nachpolitik seien. Es müsse danach... daß alle Erwartungen, die sich an die 14 Punkte... erfüllen würden.

### Das Schicksal der deutschen Kolonien.

Nach dem diplomatischen Situationsbericht berieten Wilson, Clemenceau und Lloyd George am Sonnabend den Schluß des... der Finanzkommission. Es handelt sich dabei um... und andere Finanzfragen, nicht um den... Schöberversatz.

Japans Rechte auf Kiautschou sollen im Friedensvertrag festgelegt werden. Dabei wird Japan die Verpflichtung auferlegt, Kiautschou an China zurückzugeben. In der Frage von Schantung kam es zu einem Kompromiß. Strittig ist nur noch die Frage des japanischen Antrages auf Gleichberechtigung der Rasse.

Die amerikanische, britische, französische und japanische... des näheren beschlossen grundsätzlich, daß Deutschland alle seine Kolonien aufgeben muß. In der Frage des Lufterteils wurde beschlossen, daß die alliierten Flieger bei Gewährung von Gegenseitigkeit das Recht haben sollen, deutsches Gebiet zu überfliegen.

### Abreise nach Versailles.

Der erste Zug der deutschen Friedens-Delegation mit einigen Kommissaren und dem Bureau-Personal ist heute nachmittags 3 Uhr 53 Minuten vom Potsdamer Bahnhof nach Versailles abgegangen.

### Die Sozialisierung in Oesterreich.

Einer Einladung für den Völkerverbund und die Völkerverständigung folgend, hielt der Staatssekretär für die Finanzen, Schumpeter, einen längeren Vortrag über Freihandel und Warenverkehr, in welchem er sich unter Hinweis auf die bisherigen aggressiven Formen der Wirtschaftspolitik für den Freihandel ausspricht, da nur der freie Warenverkehr nationale Gegenstände hinanzubringe, wogegen ein Schutzsystem von besonders protektionistischer Natur wieder Ereignisse wie den Weltkrieg früher oder später unumvermeidlich machen würde.

### Die Regierung über die Arbeiterräte.

Vor einigen Tagen zogen sich die bürgerlichen Zeitungen darüber auf, daß auch jetzt noch Arbeiterräte als Konstruktorgane bei den Wahlrätsbildungen, den Regierungs- und Verwaltungswesen wirken und daß durch einen Erlaß der preussischen Regierung ihre Tätigkeit inaktiviert werde. Die preussische Regierung beiließ sich diese Nachfrist zu demontieren und erklärte, daß der Erlaß des Finanzministers vom 27. Februar lediglich den Zweck habe, die Kosten der... und... zu beschneiden.

### Zur Schließung der Hochschulen.

In unserer Notiz „Zülmilch will die Hochschulen schließen“, erhalten wir vom Reichsdonkschuh Akademischer Berufshände eine Zuschrift, die behauptet, daß die Vertretersammlung des „Reichsdonkschuhes“ am 12. April sich einmündig auf den Standpunkt gestellt habe, daß die... selbst über die Schließung der Hochschulen zu entscheiden habe.

entscheiden habe. Eine Versammlung der Vertreter des Senats und der Studentenkorps der deutschen Hochschulen vom 9. April habe dagegen über die Frage der Schließung der Hochschulen überhaupt keine Beschlüsse gefaßt.

In unserem Bericht war auch gar nicht die Rede von einem „Beschluss“, sondern nur von einer „Probeabstimmung“ und die kompromittierende Unterhaltung mit Groener und das Telegramm Roskes werden durch diese Verächtlichung nicht berichtigt und nicht widerlegt.

### Gewaltdrohung gegen Leipzig.

Landesvorstand und Leipziger Parteimitglieder der U.S.V. erklären: Die Parteileitung der U.S.V. in Leipzig erkennt, getreu den Beschlüssen der Landeskonferenz der U.S.V. vom 18. April, den Belagerungszustand sowohl der sächsischen als auch der Reichsregierung als rechtmäßig und rechtmäßig nicht an. Sie fordert die Parteimitglieder auf, den Kampf gegen den Belagerungszustand nach den Beschlüssen der Landeskonferenz mit aller Energie zu führen. Sofern die Regierung die Leipziger Arbeiterschaft nicht weiter privilegiert, wird die Leipziger Wehr durch die politisch vormaligen Arbeiterschaft der U.S.V. in Leipzig nicht gestört.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ wiederholt in ihrer Sonnlagenausgabe in einem längeren Bericht aus Dresden alles das, was die sächsische Regierung zur Begründung der Verhängung des Belagerungszustandes über ganz Sachsen vorgebracht hat: Die Verschärfung der politischen Gesetze, die angebliche Verdröhung der Regierung durch Unabhängige und Kommunisten, die Tötung des Kriegsministers Reuring. Diese Begründung ist rechtlich haltlos und politisch reaktionär; aber es kommt auch der sächsischen Regierung nicht auf das Recht, sondern lediglich auf den Erfolg an, und den Erfolg glaubt sie durch Anwendung brutaler Gewalt gegen alle oppositionellen Elemente erzielen zu können. Sie löst durch das Berliner Blatt melden, daß sie fest entschlossen sei, die Maßnahmen des Belagerungszustandes „rückwärts zu gebrauchen“; eine Anzahl „herausragender Geister“ sei bereits unschädlich gemacht und „gegen die Leipziger Rebellen“ sei das gerichtliche Verfahren eröffnet worden.

Gewalt bleibt also auch für die rechtssozialistischen Regierungsmächte von Sachsen das erste und letzte Wort. Selbst eine bürgerliche Zeitung, das „Leipziger Tageblatt“, hat festgestellt müssen, daß diese Politik kurzsichtig ist und nicht zum Ziele führen könnte.

### Demonstration der Kriegsbeschädigten.

Der Internationale Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen hielt am Sonntag in der Aula des „Königlichen Gymnasiums“ eine öffentliche Versammlung ab. Während die Aula nur mit Kriegsbeschädigten, die ein Bein verloren haben, besetzt war, hatte sich die große Halle mit ca. 5000 Versammlungsteilnehmern auf dem großen Schulhof verammelt.

Der Vorsitz der Versammlung übergeben zahlreiche Kriegsbeschädigte der Zeitung ihre Eiserne Krone, weil sie nicht ein Abzeichen tragen wollten, das auch die Kollergarde im Kampfe gegen die Arbeiter als Auszeichnung erhält. Ueber das Thema „Der Dank des Vaterlandes“ referierte Genosse Friedt. Er schilderte die elende Lage, in der sich die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen infolge der niedrigen Renten befinden. Während z. B. Frankreich die Vollrenten von 1000 auf 2000 Franz erhöht hat, und selbst Oesterreich, das mindestens ebenso verarmt ist wie Deutschland, eine Durchschnittsrente von 345 Kronen, wozu noch Zuschläge für Kinder usw. kommen, im Monat zahlt, will sich die deutsche Regierung nicht zu einer angemessenen Rentenerhöhung herbeilassen. Die jetzt auf Drängen der Organisationen gemachten Zugeständnisse können nicht befriedigen; denn eine Erhöhung um 40 v. H. bedeutet in der hiesigen Zeit sehr wenig. Unrecht ist es auch, daß die Offiziere bedeutend höhere Renten beziehen wie die Mannschaften, trotzdem erstere meist vermögend sind, während letztere die Rente zum Lebensunterhalt gebrauchen. Von einer Erfüllung der Forderungen der Kriegsbeschädigten usw. kann also auch jetzt nicht die Rede sein. Es muß alles daran gesetzt werden, das neue Versorgungsgesetz so zu gestalten, daß allen, die ihre Gesundheit im Kriege geopfert haben, das zum Leben Notwendige gegeben wird. Nicht Dank, sondern unser Recht fordern wir.

Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Der Versammlungsleiter gab bekannt, daß das Schulkommando gestattet, einen Demonstrationenzug bis zum Alexanderplatz zu machen. Die Versammelten zogen darauf in einem imposanten Zuge, an der Spitze die einbeinigen Kriegskämpfer, durch die Alexanderstraße. Eine Stimme, aber um so mächtigere Anklage gegen die Regierung, die wohl Millionen für Stütztruppen übrig hat, aber den Kriegskämpfern und Kriegswunden das Notwendigste vorenthält. Auf dem Alexanderplatz gingen die Demonstranten ruhig auseinander. Das Stadtmärkte, besonders aber die Wilhelmstraße, war durch Drahtverbau und Militär in weißer Vorausicht abgesperrt.

### Gewerkschaftliches.

#### Die Eisenbahner und die Regierung.

In einer gewaltigen Demonstration gestalte sich eine vom Deutschen Eisenbahnerverband zu gestern nach dem Sportplatz in der Potsdamer Straße einberufene Versammlung der Eisenbahner, die von etwa 15-18000 Eisenbahner besucht war. Nach eingehendem Referat und Aussprache wurde eine Resolution angenommen, die die schleunigste Durchföhrung der gestellten Lohn- und Urlaubsforderungen verlangt. Eine weitere Resolution fordert Annahme der Forderungen bis spätestens 7. Mai, andernfalls die Konsequenzen gezogen werden sollen. Eine dritte Entschöpfung betraf den Kampf gegen die Freiwilligenkorps und fordert von jedem Eisenbahner, mit diesen nicht mehr zu arbeiten und zu verkehren. Schluß wies darauf hin, daß die Eisenbahner in diesem Jahre zum ersten Male den 1. Mai zu feiern in der Lage seien und forderte auf, diese Feier zu einer mächtvollen Kundgebung zur Verfestigung des Kampfbündnisses zu machen. Der Bahnverkehr — ausgenommen Kohle- und Nichttransporte — müsse vollkommen ruhen. Mit einem stürmischen Hoch auf den Deutschen Eisenbahner-Verband schloß die gewaltige Demonstration.

#### Lohnbewegung der Zimmerer.

Eine Delegiertenversammlung der Berliner Zimmerer im Gewerkschaftshaus nahm gestern vormittags das Resultat der Abstimmung in den Bezirken über den gefällten Schwelldruck des Schließungsanschlusses entgegen, der der Zimmerern vom

1. April ab einen Stundenlohn von 2,40 M., vom 1. Juli von 2,60 M. aussetzen will. Gefordert wurden 3,50 M. Bei 105 Stimmabstimmungen haben sich in der Abstimmung 819 Kameraden für Ablehnung des Schiedspruches und nur 271 für seine Annahme erklärt.

Nach eingehender Diskussion, in der für und gegen die Annahme des Schiedspruches gesprochen wurde, entschied sich die Delegiertenversammlung mit 72 gegen 49 Stimmen für Ablehnung des Schiedspruches.

Mit Rücksicht auf die Lage in den Bauberufen wurde, darauf, einem Antrag des Kameraden Rube gemäß, beschlossen, tatäuflich weiter zu arbeiten, aber die Forderung von 3,50 M. ehen auf den einzelnen Arbeitshäten zu erheben, um evtl. durch partiellen Streik das mögliche herauszuschlagen. Ueber die Höhe des für die Lohnbewegung nötigen Extrabeitrages soll in den Bauberufen verhandelt werden.

Der Vorsitzende Venada forderte zum Schluß zur regen Beteiligung an den von den Parteien veranstalteten Aufmärschen auf

#### Streik in den Aschingerfonditorien.

Bei den Aschinger-Fonditorien sind gestern abend um 5 Uhr sämtliche Kassestellen in den Streik getreten. Grund zum Streik ist die Forderung nach tarifmäßiger Bezahlung. Am 16. April ist der Tarifvertrag mit den Kassehausbesitzern abgeschlossen worden, die Firma Aschinger erkennt diesen nicht an.

Heute vormittag um 11 Uhr finden Verhandlungen statt und es ist zu erwarten, daß der Streik beigelegt wird.

#### Die Gastwirtsgehilfen und der 1. Mai.

Die Ortsverwaltung der Gastwirtsangeestellten Berlin hat beschlossen, den 1. Mai durch Arbeitstube in allen Betrieben festlich zu begehen. Sämtliche gastwirtschaftliche Betriebe sind deshalb am 1. Mai geschlossen.

#### Die Kürschner und der 1. Mai.

Infolge des Beschlusses von Partei und Gewerkschaften dürfen Gewerkschaftsversammlungen am 1. Mai nicht stattfinden. Der Kürschner hat die im „Kürschner“ bekanntgegebene Versammlung am 1. Mai in den „Musterjulen“ aus.

Wir erfinden unsere Mitglieder, sich recht regen, je nach ihrer Uebergzeugung, an den Parteikonzerten an zu beteiligen.

Gewerkschaft Spandau. Im Inserat auf der dritten Seite unserer gestrigen Ausgabe (Versammlung bei Thielmann) muß es statt Gewerkschaft T 1 Gewerkschaft F 1 heißen.

## Groß-Berlin.

#### Im Zeichen der Absperrungen.

Berlin stand gestern im Zeichen der Absperrungen. In Rücksicht auf die von den Kriegsbeschädigten veranstalteten Versammlungen wurden im Anschluß Demonstrationen befürchtet, die auf einen engen Raum beschränkt bleiben sollten. Aus diesem Grunde waren umfangreiche Absperrungen getroffen worden. Am Brandenburger Tor wie überhaupt an den Zugängen zur inneren Stadt waren starke Baken mit Maschinengewehren postiert. Drahtverbau bewachten an verschiedenen Stellen die Postgasse und Straßenbahnen wurden umgelenkt. Alle die Maßnahmen erwiesen sich als überflüssig, zeigten nur, wie herrlich weit wir es gebracht haben.

#### Der Radfahrerbund „Solidarität“ gegen den „Vorwärts“.

In der Generalversammlung der Ortsgruppe Groß-Berlin des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“ kam es zu einer lebhaften Auseinandersetzung der Mitglieder darüber, ob der sozialistische Verband der „Vorwärts“ zu der Versammlung zugelassen werden solle. Die Mehrheit der Mitglieder stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß der Vertreter des „Vorwärts“ infolge der tendenziösen und arbeitserföndlichen Berichterstattung seines Blattes aus dem Saale gewiesen werden soll und erst dann wiederkommen dürfe, wenn der Vertreter der „Freiheit“ erschienen ist. Der Berichterstatter des „Vorwärts“, der sich, daß keine Zeitung wenig Geltung bei den Arbeiter-Radfahrern findet, zog es darum vor, darauf zu verzichten.

Die rechtssozialistischen Mitglieder hatten versucht, einen Keil in den Bund dadurch zu treiben, daß sie den Antrag einbrachten, in Zukunft sollen Veröffentlichungen und Mitteilungen entgegen dem Beschluß der letzten Generalversammlung im „Vorwärts“ erscheinen. Aber die Generalversammlung gab die gebührende Antwort und ging fast einstimmig über diesen Antrag zur Tagesordnung über.

Die Versammlung folgte dann dem Beispiel vieler Gewerkschaften und Parteiverfassungen und beschloß unter großem Beifall der Versammelten die Rote-Garde zu disziplinieren und alle der Freiwilligenkorps angehörenden Mitglieder auszuschließen. Aus dem inneren Vereinsleben ist zu berichten, daß das Fahrradhaus „Fritz Kauf“ den unangenehmen Reizebällnissen Rechnung tragend, liquidiert wird sowie, daß die verschiedenen Sportverbände sich zu einem Sportsozialen zusammengeschlossen haben, das berufen ist, die Interessen der sportliebenden Arbeiterschaft der Regierung gegenüber zu vertreten und die Absicht hat, eine große allgemeine Arbeiterpost-Zeitung herauszugeben.

Robert Petermann. Immer mehr richten sich die Reihen der alten Kampfkämpfer. Am Donnerstag früh hat wieder einer der Redakteure Parteiverbände, Robert Petermann, die Augen für immer geschlossen. Seit dem 18. Lebensjahre unermüdet für den Sozialismus wirkend, hatte er unter dem Sozialistengesetz in späteren Jahren als Funktionär, einen Tag mit vorbereitet, den er am 9. November erleben durfte. Ursprünglich Zimmermann, machte es ihm ein Betriebsunfall, der ihn 9 Jahre an das Krankenhaus schickte, unmöglich, seinen Beruf weiter auszuüben. Sein Parteikollege wurde der Treppsturz hinter Robert Petermann; auch hatte der Krankheitsfall: Mann noch das Amt eines Parteistellenshabers inne. Freilich, die Enttäuschung blieb nicht aus, und der Verrat jener Leute, die früher mit ihm Schützer an Schulter kämpften, hat, wie er es wiederholt aussprach, seine Lebenskraft gebrochen. Schon bei der Erhaltung hatte er sich, wie es nicht anders sein konnte, zu uns bekannt. Nun ist auch er dahin. Viele haben ihn gekannt und alle, namentlich die jüngeren Allen, werden seiner als des opferfreudigen, durch seine Not und Schicksalsläge zu entmutigenden Kämpfers gedenken. Den Jüngern, die in die Reihe springen, mag er ein Vorbild sein. — Die Beerdigung findet am Montag, den 28. April, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Havelberger Straße 15, aus statt. Die Parteigenossen werden gebeten, sich recht zahlreich zu beteiligen.

Eine Mannesleiche mit gestellten Beinen wurde gestern mittag aus der Erde gehoben. Die Leiche warh unten und oben mit einer starken Schürze zusammengebunden. Der Kopf wies so schwere Verletzungen auf, daß das Gehirn blühelent ist. Die Verletzung ist schon soweit voranschritten, daß die Ursache der Verletzung durch die erste Untersuchung nicht mehr festgestellt werden konnte. Sie können von Hieben herrühren, aber auch durch eine Dampfstraube hervorgerufen werden sein. Wahrscheinlich handelt es sich wieder um ein Opfer der Wagnern. Der Mann lebte in den mittleren Jahren gelanden zu haben, sein Kopfhaut dunkelblond gewesen zu sein. Er lag

Aus den Organisationen.

Zweiter Kreis. Dienstag abend 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula... Charlottenburg. Montag, den 28. April, nachmittags 6 Uhr... Kassenrat. Montag, den 28. April 1919, nachmittags 6 Uhr... Turnverein. Dienstag abend 7 Uhr... Turnverein. Dienstag abend 7 Uhr... Turnverein. Dienstag abend 7 Uhr...

Lebensmittellisten.

Charlottenburg. Woche vom 28. April bis 4. Mai 1919. So gelangen zur Ausgabe: Fleisch laut besondere Bekannmachung auf Abschnitt 10 der Speisekarte... Sponbau. In Speisekarten werden 110 Gramm Margarine, Kartoffeln 5 Pfund zur Verteilung gelangen...

Dienstag, den 28. d. M., seine Ehrlichkeit. Die gesammelten Abschnitte sind bis Donnerstag, den 1. Mai 1919, im Zimmer 406 des Rathauses abzugeben... Sponbau. Ein Viertel Pfund Fruchtstroh ab Montag gegen Abtrennung von Geld 2/7 der Lebensmittelkarte... Kassenrat. Am Montag, den 28. und Dienstag, den 29. d. M. findet vormittags von 8-1 Uhr im Rathaus, Zimmer 7...

Spiel und Sport.

Rebeller-Schachspieler. Turnierbeginn Dienstag abend 7 1/2 Uhr... Turnverein. Dienstag abend 7 Uhr... Turnverein. Dienstag abend 7 Uhr... Turnverein. Dienstag abend 7 Uhr...

Theater und Vergnügungen. Volksbühne. Opernhaus. Schauspielhaus. Kammertheater. Lessing-Theater. Residenz-Theater. Casino-Theater. Vater Knolle. Wintergarten. Vorlesevorstellung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Achtung! Achtung! Elektromonteur und Helfer! Branchen-Versammlung der Elektromonteur und Helfer Groß-Berlins. Versammlung sämtlicher in Hotelbetrieben beschäftigten Betriebshandwerker der Metall-, Holz- und sonstigen Branchen, sowie der Heizer und Maschinenisten.

Piano-Adam. Pianos, Stutzflügel, Harmonien. Gebrachte Instrumente in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, unter voller Garantie. Verkauf nur gegen Kasse, daher billige Preisberechnung. Münzstr. 16.

Zimmerer Groß-Berlins! Öffentliche Zimmerer-Versammlung. Achtung! Achtung! Am Montag, den 28. April, abends 6 1/2 Uhr, findet in den 'Frauen-Sälen' öffentliche Zimmerer-Versammlung statt.

Hallo! Hoher Verdienst! Straßenhändler! Der größte Schlager des Jahres ist das 'Rekord-Vertrieb' 'Große Frankfurter Str. 17.

Kleine Anzeigen. Kaufe ständig allerhand Fettsachen, Wäschstoff, Garn, Binnfäden, Drilling, Schiefer, Georgenkirch, 11. Elektrische Leitungsdrähte, Litzen, Kabel, Kupferleitungen, Kabel, Litzen... Facharzt Dr. Meyer... Facharzt Dr. Meyer...

Wanzen und Motten mit Brut werden radikal vernichtet durch 'Radikal-Wanzen- und Mottenmittel' 'Mottentod-Pfeiffertol' (50 Pf.) überall zu haben. Herr B. Feder, Drogerie, Artilleriestraße 8, schreibt: 'Senden Sie mir wieder je ein halbes Gros Radikal-Wanzen- und Mottenmittel wie gehabt. Meine Kunden erklären allergiein Ihre Pfeiffertol als das beste Mittel gegen Wanzen.'